

Um was geht es an der Universität?

Dem iranischen Studenten Taheri droht die Abschiebung aus der Bundesrepublik, weil er die "Rückmeldefrist versäumt hat". Er konnte sich nicht rechtzeitig in der Universität zurückmelden, da er zu dem Zeitpunkt widerrechtlich in Polizeihaft gehalten wurde. Nun verweigert die Universitäts-Verwaltung die nachträgliche Einschreibung und unterstützt damit die Polizeibehörden. Wer ein wenig von den Zuständen im Iran unterrichtet ist, weiß, was die Abschiebung in das "Heimatland" für persische Demokraten bedeutet. Die studentischen Demonstrationen richteten sich gegen dies empörende Verhalten der Uni-Bürokratie. Die Antwort der Behörden: Polizei in der Uni, die das Hauptgebäude abriegelt, anschließend in das Studentenhaus eindringt, eine wilde Knüppelerei veranstaltet, in einzelne Zimmer einbricht, Studenten durch Glastüren prügelt usw.

"Die Polizei hat den Wahlkampf eröffnet" (so ein AStA-Sprecher). Auf demokratische Opposition reagieren die Herrschenden mit Gewalt. Dann versuchen sie den Eindruck zu erwecken, als gäbe es entweder: IHRE ORDNUNG oder: CHAOS UND BLUTIGE GEWALT.

Das für die Hochschulen vorgesehene ORDNUNGSRECHT zeigt den wirklichen Sachverhalt: Chaos und blutige Gewalt sind in Wirklichkeit Bestandteile der herrschenden Ordnung, der Ordnung der hier noch Herrschenden. Das Ordnungsrecht für die Hochschulen ist ein kleiner Teil der Formierung der gesamten Gesellschaft.

Über Erhard's "FORMIERTE GESELLSCHAFT" wird von der CDU nicht mehr laut gesprochen - umso zielstrebigere wird sie verwirklicht: Stück für Stück werden mit Notstandsgesetzen und Vorbeugehaftplänen die Reste der bürgerlichen Demokratie abgebaut und die Machtmöglichkeiten des Staates direkt für die Interessen des großen Kapitals und auf Kosten der Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung eingesetzt. Selbstverständlich wird gleichzeitig jede Form WIRKLICHER MITBESTIMMUNG DER ARBEITENDEN KLASSE bekämpft.

Die SPD-Führung hat mit der GROSSEN KOALITION ihren Beitrag dazu geleistet. Das Schema ist einfach: Die Verantwortung für die Regierungspolitik wird mit den Massen sozialdemokratischer Mitglieder und Wähler geteilt, ungeteilt bleibt "nur" die Entscheidung über den Inhalt der Regierungspolitik, sie verbleibt bei den hier wirklich Regierenden. Das gleiche Schema soll mit Hilfe der KONZERTIERTEN AKTION - auch dies ein besonderer Beitrag der SPD-Führung zur CDU-Politik - auf die Gewerkschaften übertragen werden.

Die WESTDEUTSCHE LINKE ist seit dem Kampf gegen die NS-Gesetze vor einem Jahr in heftigen inneren Diskussionen. Linke Sozialdemokraten, Antiautoritäre, Linkssozialisten und Kommunisten haben verschiedene Vorstellungen über Mittel und Wege, über Aktions- und Organisationsformen und über die Möglichkeiten der Formierung einer wirksamen Opposition entwickelt.

WAS BEDEUTET IN DIESEM ZUSAMMENHANG DER
D K P - P A R T E I T A G
FÜR DIE LINKE IN DER BUNDESREPUBLIK ?

SPARTAKUS lädt ein zu einer Diskussion am Freitag, dem 9. Mai 1969, 19.30 h im kleinen Saal des Volksbildungsheims am Eschenheimer Turm. Es sind eingeladen: Brigitte Freyh (SPD-Kandidatin), Heinz Sauer (Betriebsrat, ADP-Kandidat), H. Matthöfer (IG Metall, SPD-Kandidat), Ellen Weber (DKP, ADP-Kandidatin)

Verantwortlich: Dieter Nix, 6 Frankfurt/Main, Lindenhöhe 1